

Ersteinst
- jährlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Vollbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Postsendungen
franco gegen franco.
Schweizerische Briefe
nach der Schweiz sollen
Zusatzporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N. 18.

Donnerstag, 27. April.

1882.

Abonnements

werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von:
Fr. 2.— für die Schweiz, Kreuzland
Fr. 3.— für Teutschland (Gouvern.
N. 1, 20 für Österreich (Gouvern.
Fr. 2.50 für alle übr. Länder des
Weltverkehrs (Russland).

Inserate

Die dreizehnhundertseitige
25 Cts. — 20 Pfg.

Lesen Sie die Korrespondenzen und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Sendungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Verkehr notwendig und darf keine Rücksichtsmäßigkeit verschmäht werden. Die Bestimmung über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptvorsicht ist hierzu einzusetzen, doch unsere Freunde zu leisten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzugeben, (sonstern sich möglichst an legend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs senden); welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich dem Besteller die Sicherheit Rekommandation. Gebietet an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten dem „Sozialdemokrat“ unsere Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Mannheim 100.— (Schon früher eingegangen, doch war der Abrechnungsort nicht zu ermitteln gewesen). S. H. Leipzig 12,10. Rostock 9.— D. Schwerin 30.— Plauen i. S. 7.— Dresden C. 6,25. Halle a. S. 10.— Orlan 15.— Dresden 10.— Augsburg 30.— Dresden 56,55. R. Dresden 1.— Bremen 60.— Hanau 30.— Friedberg 7.— Weichseln i. Ungarn 2.— Reutlingen 10.— Ratis 4,25. Berden 17.— Götting 8,35. Frankfurt a. O. 15.— Dortmund 5.— Gera 12.— St. Johann 19.— Werdau 20.— Königsberg i. Pr. 50.— Arnstadt 10.— G. Rbg. 1.— L. Rbg. 5,60. L. Odenheim 10.— R. Gellman 8.— Hannover Ungenannt 5.— Offenbach 20.— Nürnberg 5,10. Rbg. Hdr. 3,65. S. Braunschweig 19.— R. Nürnberg 15,60. Erfurt „das Banner hoch“ 15.— S. Braunschweig 13.— Rbg. Hdr. 8,75. Goarben 10.— Rommels 10.— Rostock 16,07. Solingen 15.— S. Braunschweig 11.— Ronsdorf (S. L.) 11.— R. Bochum 2,10. Gotha 7.— Jülich VVV 40.— Kaufzig 8.— Reutlingen 4.— Rostock 15,50. Götting 3.— Klingenthal 7.— Ratis 6,30. Kirchheimbolanden 3,35. Eberfeld 10.— Vangensbieten 14.— Barmen 20.— Lübeck 10.— Greiz 10.— Schwerin 1,40. Ernstthal 4.— Stollberg 3,20. Potsdam 4,80. Ufm 6.— Jülich VVV 20.— Zeig 6.— Wittweida 10.— Rannheim 15.— Buchholz 5.— Harburg 4,50. Zwickau 15.— Jülich 12.— Erfurt „das Banner hoch“ 15.— Erfurt (S. R.) 6.— Kaufbeuren 5.— Altenburg 10.— Frankfurt a. O. 7,50. Hamburg 85.— Brandenburg 5.— Ditts 10.— S. Braunschweig 13.— Rannburg 3,60. Nürnberg 79,62. Zeig 12.— Grotzsch 2,50. S. H. Leipzig 10.— S. H. Leipzig 11,67. Penig 6.— Darmstadt 10.— Hirschheim 5.— Eplingen 30.— Rendsburg 10.— Baden-Baden 5.— Hensberg 30.— Rannburg 3.— Goldfische Hannover 5,50. Kesselt 8.— und durch L. 12.— Gera d. Feldheim. Berl. e. Buches 4.— Briefpost 6.— T. 1.— Hm Christdamm 6.— Guntenberg T.— St. 7,85. Ungenannt —50; H. D. u. R. 1,50) 36,85. Prinz Rastern, Beitrag des Kartenspiels (Fr. 1,20) —96. F. R. in D. (Fr. 1.—) —80. S. Mittelpunkt der Welt 1,50. Wastengefellschaft „St.“ Konstantz 1.— Deutsch. Verein Rheinelden (Fr. 3.—) 2,40. Deutsch. Ver. Genf (Fr. 25.—) 20.— S. d. Wälschen i. D. 2,25. J. S. R. H. a. B. 1.— Rem-Harf, gef. v. einigen Handarb. d. Zigarrenfabrik v. Straton u. Storm d. Carlsson (Fr. 125.—) 100.— Deutsch. Verein Winterthur, gef. v. d. Märzfeier (Fr. 17.—) 13,60. E. R. i. J. (Fr. 2.—) 1,60. S. d. Berliner Julie 2,40. Chicago gef. d. „Vorboten“ u. „Arbeitsg.“ für die hilfsbedürftigen Familien erkrankter Parteigenossen in Deutschland (Fr. 394.—) 315,20. A. W. i. U. (Fr. 2,50) 2.— G. D. Von (Fr. 1.—) —20. W. A. u. Gen. i. St. J. 1.— E. Frd. u. A. R. G. 1.— Tisch. Ber. Genf (Fr. 35.—) 25,40. Aachen 14.— Deutsch. Sozialisten Winterthur (Fr. 1,20) —96. Deutsch. Gen. i. Amsterdam (Fr. 22.—) 17,90. Paris, gef. v. d. Märzfeier (Fr. 60,20) 48,16. Drei Arb. der Vereinsbuchdr. Zürich (Fr. 2,40) 1,92. S. d. kugenden Mohnen (Fr. 3,50) 2,80. Nr. 681 U. a. D. 2.— J. H. Rbg. —65. Ferencz Gyula (Fr. 10) 8.— Kobespierre 1,20. Rote Voigtländer 3,10. Soz. Arbeiterverein Cincinnati durch S.: Fr. 221,50 R. 177,20 (Doll. 43,75) i. d. Gemäßigten dtsch. Gen. Wälsche aus r: R. 2,60. Zusammen: R. 2129. 00.

Allgemeiner Wahlfonds.

Newport, gef. v. einigen Handarb. d. Zigarrenfabrik v. Straton und Storm d. Carlsson (Fr. 65.—) R. 52.— Ein in der Zeitung in Nr. 3 enthaltener Posten? R. 16.— ist aus Eßlingen.

Agitationsfonds.

E. i. J. (Fr. 4.—) R. 3,20. E. i. U. (Fr. 1,10) —88. G. R. i. R. 1,10. Newport, gef. von einigen Handarb. d. Zigarrenfabrik von Straton u. Storm d. Carlsson (Fr. 63,15) 50,52. E. Siegel i. G. O. 11.— Bon Jean Bismard 3.— W. A. R. u. Gen. i. St. J. 1.— Zusammen: R. 70. 70.

Bourgeois-Heuchelei.

Die deutschen Herren Bourgeois thun stüchlich entrüstet über die Chinesenbill des amerikanischen Kongresses, durch welches das Prinzip der „Gleichheit“ mit Füßen getreten, und ein ganzes Volk so gut wie geächtet sei; diese Ausnahmemaßregel gegen die Chinesen stehe auf einer Stufe mit der einstmaligen Behandlung der Neger und bilde einen Schandfleck für die Republik der Vereinigten Staaten.

Mit welchem Recht, fragen wir, haben unsere Herren Bourgeois sich auf das Prinzip der Gleichheit zu berufen, welches sie hassen und gegen welches sie sich fortwährend verüßigen? Und wenn sie Ausnahmemaßregeln verurteilen, warum haben sie nicht seiner Zeit die Ausnahmemaßregel gegen die deutsche Sozialdemokratie, das schufstige Sozialistengesetz, verurteilt, sondern im Gegenteil es erbittet und ermöglicht? Wai ob dieser elenden Heuchelei!

Natürlich, ein Chinese ist unseren Herren Bourgeois lieber als ein deutscher Arbeiter, und die Herren wissen sehr wohl, warum.

Es fällt uns nicht ein, die Chinesenbill ihrem formellen Inhalte nach rechtfertigen zu wollen; wir betrachten sie vielmehr als einen verhängnisvollen Mißgriff und sind überzeugt, daß der

Zweck, welchen die Befürworter derselben im Auge haben, auf andere Weise, ohne Verstoß gegen das — allerdings verlegte — Gleichheitsprinzip hätte erreicht werden können.

Aber der Zweck ist doch wenigstens ein guter.

Die amerikanischen Arbeiter sollen vor der Konkurrenz importierter chinesischer Arbeiter geschützt werden, die, an unsere Kulturbedürfnisse nicht gewöhnt, einen sehr niedrigen Standard of Life (Lebenshaltung) haben, auf den die amerikanischen Arbeiter nicht herabsteigen können, ohne von ihrer Kulturstufe überhaupt herabzusteigen.

Die Chinesenbill — ganz gleichgültig, ob wir das angewandte Mittel billigen oder nicht — verfolgt also einen kulturellen Zweck, und beweist, daß die amerikanische Republik, so mächtig in derselben die Bourgeoisie ist, doch noch nicht vollständig unter die Herrschaft der Bourgeoisie gekommen ist — der Bourgeoisie-Gedanke muß sich vielmehr noch dem demokratischen Gedanken unterordnen.

Dieser kulturelle Zweck der Chinesenbill ist es, was in Wirklichkeit den Zorn unserer Herren Bourgeois erregt hat, die heuchlerischerweise denselben auf Rechnung ihres angeblich verletzten Gleichheitsgefühls schreiben.

Diese nämlich Herr Bourgeois, die über die Chinesenbill zornen, betrachten es als ihr höchstes Ideal, die Löhne ihrer Arbeiter und damit deren Lebenshaltung durch die Einfuhr billiger Arbeitskräfte herabzudrücken.

Hine irao! Daher der Grimm!

In der Chinesenbill ist das Ideal unserer Herren Bourgeois getroffen.

Der Chinese, oder, wie der lohnarbeitende, ins Ausland emigrierte oder importierte Chinese meist genannt wird: der Kuli, ist der Liebling unserer Herren Bourgeois. Der bedürfnislose Kuli, der keine höheren menschlichen Bedürfnisse kennt, mit der kleinsten Kost, Kleidung und Wohnung zufrieden ist, ein rein thierisches Leben führt und mechanisch arbeitet von Morgens früh bis Abends spät — er ist der wahre Musterarbeiter, und, wenn die schwedischen, italienischen, polnischen Arbeiter sich nicht mehr dazu hergeben, die Löhne und Lebenshaltung unserer Arbeiter herabzudrücken, dann muß der Kuli die Bourgeoisgesellschaft retten.

Und während unsere Bourgeoisie in dem Kuli den Retter der Gesellschaft, in der Einführung von Kulis die sicherste Garantie der Bourgeoisiehererschaft erblicken, beschließen diese Amerikaner eine Bill, welche die Einwanderung oder Einfuhr von Kulis verbietet.

„Schmachvolles Attentat auf das Gleichheitsprinzip!“

O, ihr niederträchtigen Heuchler!

Wolltet, und könntet; ihr eurer gesellschaftlichen Stellung nach gerecht und human sein, so würdet ihr zunächst gerecht und human sein gegen eueren eigenen Arbeiter!

Und wäre es euch Ernst mit dem Gleichheitsprinzip, so hättet ihr die beste Gelegenheit, eurer Begeisterung für dasselbe hier in Deutschland zu betätigen. Erst vor der eigenen Thüre gesetzt, ehe ihr vor fremde Thüren geht!

Genug, mag die Chinesenbill noch so mangelhaft und verkehrt sein, sie ist dem Bestreben entsprungen, die Herabdrückung der Lebenshaltung des amerikanischen Arbeiters auf das chinesische Niveau zu verhindern. Und dies ist ein edles Ziel, wohingegen das Bestreben unserer Herren Bourgeois, durch Import billigerer Arbeitskräfte und entsprechende Herabdrückung der Lebenshaltung unserer Arbeiter ein durch und durch kulturfeindlicher ist, denn die Herabdrückung der Lebenshaltung bedeutet unzweifelhaft die Herabdrückung auf eine niedrigere Kulturstufe.

Die Entrüstung der Herren ist daher nichts als die infamste Heuchelei.

Darwin.

Ein Denker ersten Ranges, ein Forscher von seltenem Scharfsinn und unerreichter Beobachtungsgabe, ein Mann, der sein ganzes Leben der echten Wissenschaft geweiht, der, unbekümmert um den Wahrschrei fanatischer Pfaffenseelen, frei und unummantelt die Ergebnisse seiner Forschungen vor der Welt verkündete, ein Held des Gedankens hat in diesen Tagen sein für die Menschheit so wertvolles Leben beschlossen. Charles Darwin ist seit dem 20. April nicht mehr unter den Lebenden.

Was bedeutet der Tod eines Monarchen, und sei er noch so mächtig, was der Hingang eines Feldherrn, und sei er noch so siegreich, gegen den Verlust dieses Mannes! Zu fürchten hat es zu keiner Zeit gemangelt, nur zu schnell sind sie erlegt, der siegreiche Feldherr wird nur von denen betrauert, denen seine Siege Ehre, Macht und Beute verschafften, während Millionen und Abermillionen ihm ihre Tränen nachsenden, der Name eines Darwin aber wird verehrt und geliebt, wo immer nur Menschen leben, welche nach Wahrheit suchen, der Tod eines Darwin ist ein Verlust für die ganze Menschheit, der er nur gab, aber nicht nahm. „Seit Kopernikus“, schreibt Ch. Longuet in der „Justice“, „hat es keine in so hohem Grade revolutionäre Lehre gegeben als die Darwinistische. Befähigt und gefördert durch die Entdeckungen auf den ihr nächsten und den ihr entferntesten Wissenschaftsgebieten, der Biologie (Lehre von den Lebewesen) und der Sprachforschung, erneuert sie ihrerseits

alle menschlichen Kenntnisse und bahnt eine kühnere, umfassendere Philosophie der Welt und der Gesellschaft an.

„Es nimmt seinem Werte durchaus nichts, daß der Schöpfer der Abstraktions- und Entwicklungslehre nicht alle Konsequenzen derselben selbst bemerkt hat. Es wäre vielmehr ein Widerspruch, wollte man sich darüber beklagen. Ein nur verallgemeinerter und synthetischer (zusammenfassender) Geist hätte nicht die Eigenschaften, die Geduld, die umsichtige, prüfende und bedachtame Arbeit, die spezielle Sachkenntnis gehabt, welche allein seiner Lehre die feste Unterlage lieferte.“

„Indes glaube man nicht, daß diese Zurückhaltung, diese Einschränkung Darwin's berechnet gewesen seien, noch daß sie als Bedenken für seine Individualität gedient hätten. Dieser große und bescheidene Geist hatte ein ebenso wissenschaftliches Gewissen wie die kühnsten Geister. Es war eine edle und hochherzige Seele, die erdichtet wäre vor dem Gedanken, sich in jene wolkenhafte Erhabenheit zu flüchten, welche unsern Tugendgelehrten so lieb und teuer ist.“

„Eine Thatfache, deren ich mich augenblicklich erinnere, wird ihn besser kennen lehren. Ein großer Sozialist, dessen scharfer Verstand, dessen geduldiges, unermüdetes Arbeiten, dessen unangenehme Gleichsamkeit und dessen Methode sogar mehr als einen Vergleich mit dem berühmten Theoretiker des Kampfes ums Dasein darbieten, hatte vor einigen Jahren ein umfangreiches Werk tiefer ökonomischer Analyse und kühner historischer und sozialer Kritik an Darwin geschrieben. Ein anderer minder bedeutender Mann als Darwin, gleich ihm in der Verehrung der alten Meister und in der Hochachtung vor Malthus angewachsen, hätte zweifelsohne diese Huldigung über ausgenommen, aber die Liebe zur selbstlosen und gewissenhaften Forschung, die große Hochachtung vor der Wissenschaft, erhoben ihn weit über die Berangheiten seiner sozialen Traditionen und seiner Umgebung. Er antwortete uns in wahrer Gelehrter, der unabhängig alle diejenigen hochachtet, welche sich nicht fürchten, neue Wege zu bahnen.“

„Nebst dem war sein ganzes Leben ein Rufus wissenschaftlicher Unparteilichkeit und Reinheit. Andere haben in seinen Werken Waffen gegen die revolutionären Tendenzen in der heutigen Gesellschaft gesucht, indem sie vorgaben, in ihnen die Rechtfertigung der sozialen Ungleichheit und der brutalen Gewalt zu erblicken. Als ob die Befehle des Kampfes ums Dasein nur auf die vereinzelten Individuen in einem bestimmten Zeitraum Anwendung fänden und nicht auf die Gruppen, die Gemeinlichkeiten, mit einem Worte, die vererbten Individuen! Als ob die ganze geschichtliche Entwicklung der Ungleichheit, die ein natürliches Faktum ist, nicht die allmähliche Ausgleitung gegenüberstelle, als Tendenz der Menschheit und soziales Faktum! Als ob endlich die moderne Oligarchie (Herrschaft Weniger), die Plutokratie (Herrschaft der Reichen), nicht nach der ausgezeichneten Formel Proudhon's eine soziale Justizwahl darstellte, welche zu Gunsten der minder Kräftigen, oft der minder Begabten wirkt, im Gegensatz zur natürlichen Justizwahl.“

„Darwin selbst hat sich nie auf dieses schwierige Gebiet gewagt. Er überließ diese kleinen Mittel sozialer Advokatenkunst, diese traurige und erbärmliche Schönfärberei, Beringeren, als er war. Seine Bescheidenheit schützte ihn davor.“

„Nebst dem erkannte trotz dieser kindischen Versuche politischer und volkswirtschaftlicher Panglosses“) der reaktionäre Instinkt sehr wohl den destruktiven Charakter der Entwicklungstheorie. Man weiß, welche Kämpfe Darwin und seine Landsleute Huxley, Lyndall, Huxley u. gegen den religiösen Fanatismus aller Konfessionen zu führen hatten.“ — — — Soweit Longuet.

Kann noch ein Zweifel bestehen, daß jener Sozialist, von welchem er spricht, Karl Marx ist?

Und in der That haben diese beiden Männer, Darwin und Marx, so verschieden ihre Lebensschicksale waren, so verschieden die wissenschaftlichen Aufgaben sind, denen sie ihre Untersuchungen gewidmet, viel Gleichartiges mit einander. Vor Allem die sorgfältige Untersuchung, die wissenschaftliche Zurückhaltung. Lassen wir indes den Vergleich, der hier nicht am Orte ist.

Heute galt es nur, in kurzen Worten auf die Bedeutung des verstorbenen Forschers für die Sache der Menschheit hinzuweisen. Eine speziellere Darstellung der Bedeutung von der Darwin'schen Lehre für den Sozialismus hoffen wir binnen Kurzem in unserem Familienboten veröffentlichen zu können.

Das um seine wirtschaftliche wie geistige Befreiung ringende Proletariat wird den Namen Darwin's hoch in Ehren halten.

Zur Frage eines Partei-Archivs.

Es war zu Anfang des Jahres 1878, als Genosse B e c k e l im damaligen Zentralorgan der Partei, im „Vorwärts“, die Frage einer Parteibibliothek aufregte.

Diese Anregung wurde damals in den weitesten Kreisen der Genossen mit dem regsten Interesse aufgenommen, und wenn bis heute die damals angeregte Idee nicht zur Verwirklichung gelangte, so ist dieses wohl nur den Vorgängen des Jahres 1878 und der hieraus resultierenden verstärkten Verfolgung und Rechtsnachmachung unserer Partei zuzuschreiben.

Es ist klar, daß unter heutigen Umständen an eine Parteibibliothek, wie sie vor Erlaß des Sozialistengesetzes möglich war, nicht zu denken ist, und wenn ich heute auf die Sache zurückkomme, so geschieht es nur, weil es heute noch möglich ist, eine große Masse von Materialien, die für die Geschichte unserer Partei im Besonderen, wie für die Kulturgeschichte unserer Zeit im Allgemeinen, von größtem Werte sind, zu retten und der Zukunft zu erhalten, während dieselben im anderen Fall verloren gehen.

Mein Vorschlag geht dahin, in der Schweiz eine Zentralfelle einzurichten, wo alles Material, welches sich auf die Geschichte unserer Partei bezieht, zusammengetragen, gesammelt und aufbewahrt wird.

Die Gründe, welche für eine derartige Zentralfelle sprechen, sind so in die Augen springend, daß ein weitsichtiges Eingehen auf dieselbe wohl

*) Pangloss ist das Urbild der Verberrlicher alles Bestehenden.

überflüssig erscheinen dürfte, und es hier nur einiger Andeutungen bedarf.

Es ist von Bebel schon darauf hingewiesen worden, wie schwierig es ist, die Pressezeugnisse aus den Anfängen der sozialistischen Bewegung zu beschaffen; und was vor vier Jahren galt, gilt in bedeutend verstärktem Maße noch heutzutage. Aber nicht nur, daß die Broschüren und Schriften der Vier und Vier Jahre dieses Jahrhunderts immer seltener werden, auch die literarischen Partei-Erzeugnisse der Vier und Vier Jahre verschwinden immer mehr, und nicht lange wird es dauern, daß diese ebenso wenig bekannt sein werden, wie die sozialistischen Schriften der vor 48er Zeit.

Das Ausnahmegesetz mit seinen Verböten hat viel zu dem Zurückdrängen unserer Literatur jener Zeit beigetragen. Neuausgaben konnten nicht veranstaltet werden, weil sie sich der verbotenen Verbreitung halber nicht zahlten. Die im Besitz des Einzelnen befindlichen Schriften werden, weniger aus Furcht vor der ungeseligen Verbreitung, als weil der Besitzer die seltener gewordenen Schriften zu verlieren fürchtet, nicht weitergegeben, und es ist Thatsache, daß schon jetzt unter dem neuen Zuwachs der Partei weniger Leute zu finden sind, die mit dem Anfang unserer Parteigeschichte genügend bekannt sind.

Wenn auch dieser Uebelstand durch die Schaffung eines Parteiarchivs nicht gehoben würde, so würde doch verhütet, daß die zahlreichen sozialistischen Schriften jener Periode überhaupt verloren gehen. Zum Teil mag letzteres nämlich schon jetzt der Fall sein, wie es z. B. schwer halten dürfte, noch Exemplare sämtlicher so zahlreichen Organe der Partei zu beschaffen. So wurden, um nur eines anzuführen, die Belegexemplare eines unserer besten Parteiblätter in einer Auktion verkauft und zu Käsepapier benutzt.

In den meisten Fällen werden die Belege der Parteiorgane indess noch vorhanden sein, und sie würden, hervorgeholt aus dem Bodengerümpel und Moder, in dem sie heute vielfach lagern, einen sehr guten Beitrag zu dem Archiv bilden. Diese Belegexemplare der Parteiorgane sind für denjenigen, der sich an die Bearbeitung der Geschichte unserer Partei macht, um so wichtiger, als sie außer den Kongressprotokollen die einzige Quelle sind, aus welcher er schöpfen könnte. Meyer's Emanzipationskampf des vierten Standes, den man als Quelle anführen könnte, ist in vieler Beziehung fehler- und lückenhaft, und woher soll ein Historiker sonst seine Daten entnehmen, als aus unseren Zeitungen? In öffentlichen Zeitungen sind dieselben gar nicht oder nur selten vorhanden, und ich meine, daß allein schon die Erhaltung möglichst sämtlicher Parteiorgane die Schaffung eines Archivs rechtfertigt.

Aber nicht nur für die Literatur der deutschen sozialistischen Partei wäre ein solches Archiv wichtig, auch die Geschichte des Jahres 1848, der Pariser Kommune, der heutigen russischen revolutionären Bewegung bietet noch manche dunkle Seiten, welche durch ein Zusammentragen des Materials und späteres kritisches Sichten desselben beleuchtet und in ein helleres Licht gesetzt werden könnten. Es ist nur zu erklärlich, daß die städtischen und höflichen Bibliotheken in Bezug auf revolutionäre Bewegungen möglichst wenig und möglichst schlechtes bieten, und es erscheint mir daher als im Interesse unserer Partei liegend, wenn wir die Sammlung des Materials unserer Geschichte in die eigene Hand nehmen.

Wie dem Schreiber dieses selbst bekannt ist, gibt es in der Partei noch eine Anzahl alter Genossen, gewissermaßen Veteranen, die sich schon in den Vier und Vier Jahren um das kommunistische Banner scharten, und die die meisten seiner erschienenen Broschüren, Flugblätter, Pamphlete, Reden und sonstige die soziale Frage betreffenden Schriften mit Bienenfleiß sammelten und heute noch in dem Besitz derselben sind. Gewiß werden einige derselben für ihre Literaturschätze lieber die Partei als Erbin sehen, als vielleicht entferntere Verwandte, die den Werth derselben oft nicht einmal zu schätzen wissen. Auch sind hier und dort Bibliotheken vorhanden, die, früher im Besitz von Parteiorganisationen, gewiß von ihren jetzigen Besitzern der früheren Eigentümerin, der Partei, gerne zurückgegeben würden, sobald eine Stelle bekannt gemacht wird, wo diese Sachen bis auf Weiteres aufbewahrt werden.

Der letzte Parteikongress auf W y d e n beschäftigte sich schon mit der Frage eines Archivs, der sich nöthig machenden Kosten halber ging man indess über dieselbe hinweg. Die Kosten stellen sich aber thatsächlich so gering, daß dieselben gewiß mit leichtfertiger durch freiwillige Beiträge aufzubringen sind. Meine Meinung geht nämlich dahin, daß die Redaktion oder Expedition des Zentralorgans die Sache in die Hand nehmen und in Gemeinschaft mit den älteren Genossen die eingehenden Schriften sammeln und aufbewahren könnte. Die einzigen Kosten wären dann das Porto, denn ich meine, daß bei größeren Paketen das Porto seitens der Partei getragen werden müßte. Ueber jeden Beitrag, sowohl an Geld, wie an Schriften, müßte der „Sozialdemokrat“ quittiren. Einer Auforderung zur Einfindung von Schriften würde gewiß im reichsten Maße entsprochen werden.

Vorläufig ist es nur zu sammeln und zu retten, was sonst unabweibringlich verloren geht. Das Ordnen und die Sichtung des Materials kann auf spätere Zeiten verschoben werden.

Fretten sollte es mich, wenn durch diese Anregung die Genossen veranlaßt würden, sich über die vorliegende Frage im „Sozialdemokrat“ auszusprechen.

Die Ausführung eines derartigen Unternehmens würde unsern Gegnern zeigen, daß die „kulturfördernde“ Sozialdemokratie auch im bestigsten Kampfe noch Zeit zu kulturfördernden Unternehmungen übrig hat.

H. Sch.
Wie können die Anregung unserer Genossen nur voll und ganz unterstützen. Gerade die Festigkeit des Kampfes, den unsere Genossen zur Zeit in Deutschland führen, macht es nöthig, daß an einem, dem aktiven Kampfe entzogenen Orte alle für die sozialistische Bewegung werthvollen Druckwerke u. gesammelt, gesichtet und aufbewahrt werden.

Wie werthvoll wäre es z. B., um nur noch ein Moment anzuführen, nicht nur vom literarischen, sondern auch vom praktisch-politischen Gesichtspunkte aus, wenn in einem Parteiarchiv von allen von unserer Partei verbreiteten W a s i l u g b l ä t t e r n je ein Exemplar aufbewahrt würde. Welch wesentliches Moment zur Beurteilung und Werthschätzung unserer Wahlresultate wäre damit gegeben! Kurz, nach allen Richtungen hin ist die Schaffung eines solchen Archivs wünschenswert.

Auf die Art, wie dasselbe unserer Meinung nach am zweckmäßigsten einzurichten wäre, kommen wir noch zurück.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 28. April 1882.

— Was zu Gesetze da sind? Natürlich, um umgangen zu werden. Wer's nicht glaubt, der erkundige sich nur danach, wie unsere Herren Gesetzgeber mit den von ihnen verfaßten Gesetzen verfahren. Bekanntlich wird nach dem Unterstufungsmoßgesetz jeder Deutsche dort unterstufungsberechtigt, wo er sich zuletzt länger als zwei Jahre aufgehalten hat. Diese Vorschrift hat den Zweck — ob sie ihn erfüllt, ist eine andere Frage — die Gemeinden von der Verpflichtung zu entlasten, diejenigen ihrer ursprünglichen Mitglieder, welche jahrelang außerhalb der Gemeinde ihre Arbeitskraft aufgewandt haben, später, nachdem sie arbeitsunfähig geworden, verpflegen zu müssen. Man wird zugeben, daß der diesem Gesetz zu Grunde liegende Gedanke, die heutige Gesellschaft voranzuführen, an sich kein unberechtigter ist. Wie macht sich nun dieses Gesetz in der Praxis? In der Gemeinde Gesslingen in Schwarzwald (Oberamt Balingen) befindet sich ein großes herrschaftliches Gut, auf welchem natürlich viele Knechte und Mägde gebraucht werden. Bei Anstellung

(Verding) derselben aber wird ihnen angezeigt, daß sie nach Verlauf von zwei Jahren den Dienst und die Gemeinde auf mindestens vier Wochen zu verlassen haben. Auf diese Weise verlieren die Betreffenden daselbst den Unterstufungsmoß. Das heißt: das Gesetz wird außer Wirkung gesetzt.

Und der Besitzer des Gutes, der sich so gut zu helfen weiß, ist — Freiherr von Stauffenberg, bairischer Landtags- und deutscher Reichstagsabgeordneter!

Und der muß es doch wissen, wozu Gesetze da sind.

— Aus der Schule geplaudert. In ihrem Eifer für das Tabakmonopol hat die „Norddeutsche“ neuerdings einen schönen Lapsus verübt. In einem Artikel, den sie sich „aus Süddeutschland“ schreiben läßt, zieht sie — gegen die Erhöhung der Gewichtssteuer zu Felde. Diese werde für die Konsumenten eine nachhaltige Vertheuerung der Fabrikate, infolge dessen eine Abnahme des Konsums zur Folge haben. Weitere Folge der Gewichtssteuer wird sein, Verfallung der Fabrikate, der solide Fabrikant kann mit dem unsoliden nicht gleichen Schritt halten und in kurzer Zeit wird Alles, Handel, Fabrikation und Verschleiß in den Händen der — Juden sein. „Wie wenige Menschen sehen ein, wer in letzter Linie hinter der jetzigen gewaltigen Agitation steht, und ahnen nicht, wenn die Früchte dieser Agitation in den Schooß fallen werden.“

Also zu lesen in der Osternummer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Das war einmal ein Reinfall, lieber Pindter! Das Monopol bekommt dein Brodgeber, Bismarck, bekanntlich nicht, und wenn er dann hintertreibt und wenigstens die Gewichtssteuer haben will, dann wird man ihm sein Leib- und Wagnisblatt hinhalten und sagen: Nichts da, die Gewichtssteuer bringt Nichts ein, sondern schädigt die Tabakindustrie und spielt sie in die Hände der Juden. Pindter sagt's und Pindter hat bekanntlich — nie gelogen.

Beiläufig ist das Schredgepenst des im Hintergrunde lauenden Juden ein reizender Einfall. Unter den eifrigen Begnern des Monopols und Befürwortern erhöhter Tabaksteuer befindet sich Stöder's „Reichsbote“. Nun denke man, der herrliche Pastor Stöder, der Held des Antisemitenthums, wirkt auf diese Art ahnungslos im Interesse der kirchlichen Löhne und Hygijohn's. Ist eine größere Ironie des Schicksals denkbar? So muß es kommen, sagt Kenmann.

— Der Bundestag — pardon! — der Bundesrat hat, wie zu erwarten war, das Tabakmonopol mit großer Majorität angenommen. Wo es sich um eine Schädigung des Volkes handelt, kann Bismarck der Zustimmung der deutschen Einzelregierungen sicher sein. Die „preussischen Vasallen“ sind so bodenlos feige, daß sie sich zu jeder Schmach bequemen, wenn ihnen nur ihr Ziel und — die Hauptfrage — ihre Zivilisire gnädiglich gelassen wird. Wer von der Seite Schutz gegen die Unerschämtheiten des preussischen Regiments erwartet, der ist in der That verrathen und verkauft.

— Ob Bismarck sparen kann. In der vorigen Nummer des „Sozialdemokrat“, schreibt uns ein Genosse, wurde die Frage aufgeworfen, ob wohl Bismarck sein mindestens 30 Millionen betragendes Vermögen von seinem Gehalt „erspart“ haben mag. Ich will auf diese Frage nicht eingehen, dagegen konstatiren, daß Bismarck ein solches Einkommen hat, daß er, trotzdem seine beiden Jungens nach dem Sage: Geiziger Vater, lächerliche Söhne, flott darauf losleben, doch noch in der Lage ist, einige Mark bei Seite zu legen.

Bismarck bezieht als Reichskanzler 56,000 Mk., erhält außerdem freie Dienstwohnung — d. h. das deutsche Reich hat ihm einen Palast gebaut — mit Garten. Dann erhält er 12,000 Mk. zur Instandhaltung der Dienstwohnung und des Gartens. Da Bismarck auch preussischer Ministerpräsident ist, so bezieht er für dieses Amt einen Gehalt von 51,000 Mk., dazu noch einige tausend Mark Repräsentationskosten. Ferner als ehemaliger Minister von Lauenburg — für die „Verdienste“ um dieses Land — eine Pension von 12,000 Mk. Mit den 12,000 Mk. zur Instandhaltung seiner Dienstwohnung reichte aber der „Anwalt des armen Mannes“ noch nicht, sondern er hat in einem Etatsjahr den Betrag um 18,000 und im folgenden um 5—6000 Mk. überschritten. Diese Ueberschreitungen seien deshalb nöthig gewesen, hieß es, weil die Reuanschaftungen so viel gekostet hätten, z. B. Garbinez, Geschirre, Servietten u. — ob auch Taschentücher für seine Jungens davon bezahlt wurden, blieb im Unklaren. Selbst die Kosten der Schneefuhr und dergleichen Dinge läßt sich Bismarck extra bezahlen. Kommen hierzu die Einnahmen aus dem dem Königin Luiseburg abgekauften Sachsewald, aus dem Gute Barzin, aus der berühmten Schnapsbrennerei — „auch ich bin ein Schnapsbrenner!“ — und der noch berühmteren Cöliner Papierfabrik, welche von der Reichsdruckerei, dem Reichstelegraphenamte u. mit zahlreichen Aufträgen beehrt wird — kurz, Bismarck läßt sich die unschätzbaren „Verdienste“ um das deutsche Reich sehr anständig bezahlen.

— Die Gerechtigkeit im frommen Wuppertale. Wenn es eine Gegend gibt, wo die herrschende Gesellschaft vor der Raube der Arbeiter zu zittern hat, so ist es die des Wuppertales, von Barmen-Eberfeld. Denn dort verbindet der Bourgeois die schamlose Ausbeutung mit frommer Heuchelei, und Staatsanwalt, Richter und Polizei betrachten es als eine ihnen von Gott gegebene Aufgabe und als ihre Pflicht, weil ihnen die Bourgeoisie einen Theil ihrer Beute abgibt und sie mit ihr verschwärtet und verschwächt sind, mit allen staatlichen Nachmitteln die Arbeiter zu unterdrücken. Für diese Leute sind die Gesetze nur dazu da, Arbeiter einzusperren und zu verurtheilen; und die von ihnen verübte reine Gewaltthat suchen sie mit Paragraphen zu verdecken. So ist jetzt gegen die Genossen Oppenheimer und Szimath Klage erhoben worden wegen Verletzung der §§ 129, 130 und 131 des Reichsstrafgesetzbuchs. Nach ersterem Paragraphen sollen die beiden Genossen eine Verbindung gebildet haben, zu deren Befestigung es gehört, die Volkziehung von Gesetzen u. durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu erschweren. Also 2 Personen sind für diesen Staatsanwalt schon eine „Verbindung“; welche Angst muß diesen Vätern erst überkommen, wenn ihm klar wird, daß alle Sozialisten solch' eine Verbindung bilden, und so dem Staatsretter eine ganz unanfahbare Zahl von Personen gegenübersteht. Die anderen Paragraphen sind bekanntlich schon längst in Mode, der eine bestraft die Ausreizung der Gesellschaftsklassen zu Gewaltthätigkeiten, der andere die Verbreitung wissenschaftlich falscher Thatsachen. Ob dem Wortlaut der Gesetze wirklich entsprochen wird, ist den deutschen Richtern schon längst ein überwundener Standpunkt, für sie ist Aufreizung jedes böse Wort über Ausbeuter und die Wahrheit über die Regierung und die herrschenden Klassen etwas Unwahres.

Nun noch etwas zur Beilegung. Unsere Leser erinnern sich noch, daß am 18. März über Barmen vom Kriegsverdienst herab eine rote Fahne wehte und die Polizei Mühe hatte, dieses Abzeichen der Revolution zu entfernen. Staatsanwalt und Polizei waren in feberhafter Aufregung, sie suchten und suchten und konnten nichts finden. Da beteten unsere Frommen und unser Staatsanwalt zu Gott um Erleuchtung, und siehe da, der sonst dumme Staatsanwalt wurde mit einem Male geklärt. Er sagte sich also: die Fahne ist aus Tuch, eine Fahne muß auch genäht werden, also gehört ein Schneider dazu, und um eine Kette zu durchschneiden, dazu gehört ein Schloffer — ja, ja, um so etwas zu wissen, dazu gehört Studium und der Staatsanwalt hat nicht umsonst Jura studirt. Was thut er also? Genosse Szimath ist Schneider, darum hat dieser die Fahne genäht, bei ihm wohnt ein Schloffer, folglich hat dieser Schloffer die Kette durchgeschnitten, darum also Anklage gegen diese Beiden, daß sie diese Fahne ausgeführt haben. Und da nun auf die Idee, die Bourgeoisie und das Beamtenhum Barmens durch eine rote Fahne zu erschrecken, nur ein boshaftes Gemüth kommen kann und der Staatsanwalt

für ein solches unsern Genossen Oppenheimer hält, so wird auch dieser als Kuffister unter Anklage gestellt. Parteigenossen über Parteigenossen werden auf's Gerichte geladen, der ersuchte Staatsanwalt sucht aus ihnen etwas herauszufrauben, scheint aber nichts erfahren zu haben, denn verächtliche Bände haben es ausgeplaudert, daß der Staatsretter von Barmen nach jeder Zeugenvernehmung verzweifelt. „Voll zur Bede stiert, als wollte er sagen: Hab', ach, Jurisprudenz studirt, Vier Jahre geort, wie sich's gebührt, Da seh' ich nun, ich armer Thor, Und bin so klug noch, wie zuvor.“

Eh u.

— Aus Sachsen. In meiner Notiz über den neuesten Prozeß gegen Bebel (s. letzte Nummer) befindet sich ein Irrthum. Die Verjährung ist nicht eingetreten; ich hatte, wie ich gleich nach Abendung des Briefes merkte, Anfang September statt Anfang Oktober als Zeit der Publikation des inkriminirten Flugblattes angenommen. Die Verjährungsfrist für Preß- und Druckschriftvergehen ist bekanntlich sechs Monate. Indessen hat man auch diese Bestimmung illusorisch zu machen gewußt, indem z. B. bei Verleibungen der Verjährungstermin nicht von dem Datum der Publikation gerechnet wird, sondern von dem Zeitpunkt an, wo die angeblich beleidigte Person die Druckschrift zu Gesicht bekommen hat. Namentlich bei Bismarckverleibungen ist dies seitens der Staatsanwaltschaft wiederholt geschehen und von den Gerichtshöfen auch sanctionirt worden.

Es liegt auf der Hand, daß mit derselben Logik auch jedes andere Vergehen dem Schutz des Verjährungsparagraphen entzogen werden kann — der Staatsanwalt braucht bloß zu sagen, daß er von der Druckschrift, gegen die er vorgehen will, erst beliebige Zeit nach ihrem Erscheinen Kenntniß erhalten hat.

Rien n'est sacré pour un sappeur! Nichts ist für einen Sappeur (Spritzenmann) heilig, pflegte die liebesliche Chansonettenlängerin Therese zu singen. Nichts ist einem Staatsanwalt heilig, können wir das freivolle Berlin variiren. Kein Gesetzesparagraph, nicht die deutlich ausgesprochene Absicht des Gesetzgebers. Der Gesetzesparagraph wird in das Prozeßbett der staatsanwaltschaftlichen Logik gezwängt, und ist der Wortlaut noch so klar, was nicht paßt, wird gewaltsam zurechtgerückt, auseinandergerirt, abgehakt, je nach Bedarf, bis der Paragraph die nöthige Gestalt erlangt hat und den beabsichtigten Zweck erfüllt. Natürlich sagen die Herren Richter Ja und Amen, einzelne Anfangsausnahmen abgerechnet.

Recht charakteristisch für das schmutzige Denunziationswesen, das durch das Sozialistengesetz zu isolirten Dimensionen angeschwollen worden ist, sind die jüngst verhängten und inzwischen wieder provisorisch zurückgenommene Ausweisungen aus Leipzig.

Drei junge Männer bekommen eines Mädchens wegen mit dessen Stiefvater Streit, in welchem sie beiläufig ganz Recht haben — der Lumpazianer von Stiefvater rennt auf die Polizei, denunziert die drei jungen Männer als Verbreiter des „Sozialdemokrat“, und die Polizei, der bei Ermahnung des „Sozialdemokrat“ der Verstand — soweit sie welchen hat — zum Teufel zu gehen pflegt, ordnet sofort, ohne die Sache irgend zu untersuchen, die Ausweisung der drei Denunzierten an. Hätten diese nicht zufällig, in Folge von Aeußerungen des laubereichen Stiefvaters, die Ursache ihrer Ausweisung erfahren und dadurch Gelegenheit erlangt, die absolute Grundlosigkeit der Denunziation nachzuweisen, so wären sie eben ruiniert gewesen.

Es zeigt dieser Vorgang aber auch, mit welcher empörendem Leichtsinne unsere Behörden verfahren, und wie sie, wo es sich um die Existenz und Zukunft von Menschen handelt, nicht einmal die einfachste Vorsicht und Sorgfalt beobachten. Und sächische offizielle Blätter — notorisch die servilen „Dresdener Nachrichten“ — haben die Stürze, gerade im jetzigen Moment die „Humanität“ der Leipziger Kreisrichter zu verhimmeln, welche die „schneidige Waffe der Ausweisung“ nur in den dringendsten Fällen und nach sorgfältiger Prüfung brauchen.

Die Ausweisung Eisingarten's und der zwei Brüder George liefert einen trefflichen Kommentar zu dieser verlogenen Schmeichelei.

Uebrigens wäre es Unrecht, wenn wir behaupten wollten, das Denunziationswesen sei in Leipzig erst durch das Sozialistengesetz in's Leben gerufen worden. Leipzig, mit seiner nationalliberalen Rusterbourgeoisie, ist von jeher die Pfanzstätte des inausfern Denunziationenthums gewesen. Als 1866 die Preußen dort einrückten, wurden dem preussischen Stadtkommandanten Tausende von anonymen und nichtanonymen Denunziationen gegen „Partikularisten“, „Großdeutsche“, „Demokraten“ und sonstige Gegner der Bismarck'schen Politik zugeführt. So daß der Kommandant öffentlich seinen Ekel über dies niederträchtige Treiben Ausdruck gab. All jene Denunziationen entsammlten aber den Kreis der Bourgeoisie!

Da ich am Denunziationsthema bin, so sei noch jenes traurig-komische Subjectes erwähnt, das — ein wunderliches Gemüth von Hanswurst und Spitzhube, im Uebrigen ein Leipziger (oder Neubitzer) Volkshourgeois — an den Namen Spargig hört. Dieser groteske Hallunke hat mit großem Fleiß eine Liste aller „gemeingefährlichen Sozialdemokraten“ ausgearbeitet und dem Ministerium eingeschickt mit der Bitte, alle darauf verzeichneten Personen — an die 30 — im Interesse der öffentlichen Ordnung ausweisen zu lassen. Die bisherigen Ausweisungen reichten bei Weitem nicht aus. Bleibt abzuwarten, ob das sächische Ministerium wirklich auf den Spargig gekommen ist und dessen Proscriptionsliste — von der ich eine Abschrift zur Hand habe — die gewünschte Berücksichtigung schenken wird.

Fähig ist es dazu.

— In Breslau spielte am 22. ds. wieder einer jener berüchtigten Prozesse wegen des § 131. Angeklagt waren die Genossen Kräder, Zimmer, Kullmann und Feitenberg, weil sie in Breslau und in der Provinz Schließen einen Wahlkreis verbreitet hatten, in welchem gesagt war, daß das Sozialistengesetz die Sozialisten rechtlos mache und durch den Belagerungszustand unschuldige Familien an den Bettelstab gebracht habe. Der Staatsanwalt erblickte in solchen Worten die Behauptung wissenschaftlich falscher Thatsachen und die Breslauer Richter apporrtirten, was ihnen der Staatsanwalt hinwarf und verurtheilten Kräder zu drei Monaten, Kullmann und Feitenberg zu je zwei Monaten und Zimmer zu sechs Wochen Gefängnis.

Interessant war in der Verhandlung, daß Zimmer und Kräder dem Staatsanwalt und den Richtern einen Wahlausruf der Christlich-Konservativen vor die Nase hielten, worin es hieß, daß die bisherigen liberalen Gesetze den christlichen Mann ins Juchthaus bringen, und fragten, warum hier die Staatsanwaltschaft nicht auch Klage erhoben habe. Die Antwort bestand darin, daß ihnen das Wort entzogen werde, weil sie die Parteilichkeit des Staatsanwaltes anzweifelten. Der Präsident dieses modernen Inquisitionsgerichtes heißt Gruczewsky, der Staatsanwalt Dr. v. Rheinbaben und dann fungirte ein Assessor Tropomow als Beisitzer, dessen Vater vor einiger Zeit wegen Betrugs bestraft worden ist.

Wir kommen auf diesen, in mehr als einer Beziehung charakteristischen Prozeß in nächster Nummer noch zurück.

— Denunziantenbeileidigung. Wir haben in Deutschland obenan die Bismarckbeileidigung, dann kommt die Reichsratsbeileidigung, hierauf die Stöderbeileidigung, alsdann die Gotteslästerung und die unwürdliche Beamtenbeileidigung und jetzt kommt hierzu noch die — Denunziantenbeileidigung. In Barmen stand der Genosse Hülle wegen angeblicher Verletzung der §§ 130 und 131, begangen durch Verbreitung eines Flugblattes, unter Anklage, und wurde zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt, ohne daß 2 Monate Untersuchungshaft

angerechnet wurden. Pfaffen, Richtern und Advokaten, die Mängelgebe-
unterschlagen, wird die Unterfuchungshof angerechnet, Sozialdemokraten
nicht. Nebenbei verdient noch bemerkt zu werden, daß sich kein Rechts-
anwalt in Barren fand, um unsere Genossen zu verteidigen. Alle, auch
die fortschrittlichen, lehnten es ab. Für reiche Schwindler und vornehme
Spionagen sind natürlich Advokaten in Masse da. Aber wozu braucht
ein Sozialist einen Rechtsbeistand, verzweifelt wird er ja doch. — Ein
Tagelöhner Namens A. Heer war Schutz genug. Verräter an
seiner Klasse zu sein und spielte den Denunzianten. Als er den Gerichts-
saal verließ, hatte ihn eine vor dem Landgerichtsgebäude angefallene
Menschenmenge höhnisch empfangen und erbitterte Jurist, wie Schust,
Jubas, Verräter, wurden ihm entgegen geschleudert. Der Denunziant
bemerkte den Genossen Wintersberg unter der Menge und denunzierte
diesen wieder, so daß sich derselbe wegen Denunziantenbeleidigung
zu verantworten haben wird.

Der Bruder des Denunzianten hat nun gleichfalls den Denunzianten
häßlich beleidigt und sich dafür zu verantworten, denn er hat ihn auf
offenem Markte geschädigt und ihm durch Backenstreiche diejenige
nötige Schamröthe in's Gesicht getrieben, die sonst den ver-
räterischen Subjekten zu fehlen pflegt.

Wir sind gespannt, wie hoch die Richter des deutschen Reiches die
„Ehre“ von Denunzianten taxieren werden. Es wird das zur Charakteristik
unserer Zustände einen wertvollen Beitrag liefern.

— Heuchelei. Nicht ist widersicher als die Enttötung der liber-
alen Meute, wenn die Geistlichkeit irgend welcher Richtung sich weigert,
Leuten, die den Lehren der betreffenden Religion entgegen getret haben
oder auf eine mit diesen Lehren in Widerspruch stehende Weise aus
Leben gekommen sind, ein kirchliches Begräbniß zu geben. Die Pfaffen
handeln in solchen Fällen nur logisch, und wir haben nur den einen
Wunsch, daß sie bei jeder Gelegenheit so konsequent sein möchten, dann
würden alle die Halben doch endlich einmal gezwungen werden, Arbeit
zu bekennen!

Was kann denn dem, der an den kirchlichen Schwindel nicht mehr
glaubt, daran liegen, ob über das Stücken Land, in welches sein Leich-
nam vergraben wird, ein Pfaffe einige Anweisungen salbadert hat oder nicht?
Doch absolut nicht. Dem Toten geschieht also gar kein Unrecht, was
die Leiche gerade dann der Fall ist, wenn bei seinem Begräbniß sein ganzes
Leben und seine Grundsätze liegen geblieben.

Aber das ist das Charakteristikum des malthusianischen verkommenen
Liberalismus, daß er stets vor der Konsequenz seiner Grundsätze „Recht!“
zu machen sucht!

— Erz-Kumpenkum. Der von uns mehrfach gekennzeichnete
Denunziant R. A. Wolff, bekannt unter dem Namen der „ein-
zigste“ oder der Reichsberger Wolff, seiner Zeit aus Ham-
burg ausgewiesen und dann von Arizona aus — d. h. durch
Engel — gnädigst zurückgelassen, zuletzt Mitarbeiter der bismarck-
anwinkenden „Deutschen Volkzeitung“, Organ des famosen „Allgemeinen
Deutschen Arbeitervereins“, ist vor Kurzem, wie die „Hamb. Bürgerzeitg.“
mittheilt, auf Requisition von Berlin aus verhaftet worden, weil festgestellt
sei, daß Wolff gegen ein monatliches Honorar von 300 Mk. Beiträge für
die Londoner „Freiheit“ geschrieben habe und außerdem mit der Affäre der
Kirchlich in Berlin „wegen muthmaßlicher sozialistischer Geheimbündel-
verhafteten Arbeiter in Verbindung“ stehe. Die „Bürgerzeitg.“ fügt hinzu:
„Sonderbar kommt uns bei der Sache vor, daß die „Freiheit“ ihre
Mitarbeiter so tollstalt honorirt, noch sonderbarer, daß diese Geldbesetzungen
von London nach Hamburg den Weg über Berlin genommen haben
sollen, am sonderbarsten, daß gerade dieser eifrige Vorkämpfer des neu-
deutschen-preussischen Regierungsozialismus sich jetzt als Komplize der
Berliner Aufguckelbilden und als Parteigänger des mosianischen Wahr-
sams muß einperren lassen. Frau, ichan, wem!“

Auch uns kommt, offen gestanden, die Sache höchst sonderbar vor. Daß
Wolff gesinnungslos genug ist, die oben erwähnte schmutzige Doppelpolle
zu spielen, und daß die Londoner Revolutionschreiber gewissenlos genug
sind, sich mit einem notorischen Schust, dessen Mitarbeiterschaft sie
noch vor Jahresfrist nachgedrungen abläugneten, in Verbindung zu setzen,
vorangesezt, daß dieser nur das Röhige im Schimpfen aus unsere Partei
leicht, daran weisen wir keinen Augenblick. Sonderbar ist für uns nur
die mit preussischer Regelmäßigkeit am 25. jeden Monats erfolgte Zahlung
des Honorars über Berlin (!) und doch dabei die Verhaftung auf
Requisition von Berlin. Sollte hier etwa ein zweiter Fall „Horsch“
vorliegen? Oder sollte bei Madal und Compagnie, Dank der tollstaltigen
Erweiterung ihrer Berufs- und Machtphäre, eine Bewirung eingegriffen
sein, daß die eine Abtheilung die Machinationen der andern durchkreuzt?
Vederemo, wie der Italiener sagt: wir werden ja sehen!

Frankreich. Wir erhalten folgendes Schriftstück zur Veröffent-
lichung:
An die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei
Deutschlands.

„Von dem Nationalkomitee der französischen sozialistischen Arbeiterpartei
beauftragt, mit den auswärtigen sozialistischen Parteien zu korrespondieren,
beziehe ich mich, mit Euch in Verbindung zu treten.“

„Die Internationalität der kapitalistischen Ausbeutung macht die Not-
wendigkeit einer internationalen Verbindung der Arbeiter zu sehr sichtbar,
als daß ich noch besonders von der Gemeinsamkeit unserer Interessen
zu sprechen hätte. Um diesem Geist der internationalen Solidarität treu
zu bleiben, macht es sich die französische sozialistische Arbeiterpartei zur
Pflicht, Euch Kenntnis zu geben, daß sie sich nach Ueberwindung vieler
Hindernisse und unter folgenden Umständen endgiltig konstituiert hat:

„Unser beiden ersten Kongresse (Paris 1876 und Lyon 1878) aner-
kannten den Widerspruch der Interessen und die Notwendigkeit für alle
auf ihre Befreiung bedachten Arbeiter, Klassen politisch zu treiben. Unser
dritter Kongreß (Marseille 1879) anerkannte, daß angesichts der jetzt
herrschenden ökonomischen und politischen Verhältnisse es Pflicht der
sozialistischen Arbeiter und ihrer Anhänger aus anderen Klassen ist, als
besondere politische Partei mit allen Mitteln den Uebergang der Arbeits-
mittel und Werkzeuge in den gesellschaftlichen Besitz zu betreiben, sollen
die Arbeiter nicht die Leibeigenen des kapitalistischen Feudalismus werden,
der sich vor unseren Augen bildet und mit Gewalt alle Produktions-
mittel in Alleinbesitz nimmt.“

„Von diesen Gesichtspunkten aus stellte unser vierter Kongreß (Havre
1880) ein Wahlprogramm für die Wahlen von 1881 fest.“

„Am unser fünfter Kongreß (Reims 1881), der, nachdem er die von
dem Marseiller Kongreß angefertigten allgemeinen Grundsätze noch einmal
erbetet hatte, sich besonders mit der Verwirklichung der Parteiorganisa-
tionsmaßregeln die Bildung eines Nationalkomitees der Partei, zusam-
mengefaßt aus je 6 Delegierten der 6 französischen Föderationen. Ferner
unterbreitete er dem Studium der Föderationen die Ausarbeitung eines
neuen Programms, welches über die allgemeinen Anschauungen der Partei
nicht hinausgehen soll. Endlich erklärte er, entsprechend den Beschlüssen
des Kongresses von Lyon, Marseille und Havre, den „Proletaire“
zum offiziellen Parteiorgan.“

„Im September dieses Jahres wird in St. Etienne unser sechster
Nationalkongreß stattfinden. Seine Aufgabe wird es sein, die Organi-
sation unserer Partei weiter auszubauen, ihre nächsten Forderungen zu
bestimmen und Datum und Tagesordnung des nächsten internationalen
Kongresses festzusetzen, der nach den Beschlüssen des Churer Kongresses
im Laufe des nächsten Jahres in Paris stattfinden soll.“

„Das ist, Bürger, unsere allgemeine Situation. Wir haben es uns
zur Pflicht gemacht, sie zu Eurer Kenntnis zu bringen, in der Hoffnung,
daß Ihr uns durch eine entsprechende Kundgebung antworten werdet.
Auf diese Art werden bis zu den Tagen, wo die Solidarität sich

praktisch zu betätigen hat, unter den Sozialisten aller Länder jene freun-
dschaftlichen Beziehungen sich herankommen, welche die baldige Befreiung
aller Unterdrückten und Ausgebeuteten ohne Unterschied der Nationalität,
der Rasse, der Farbe oder des Geschlechtes verbürgen.“

Mit brüderlichem Gruß!
B. Malon.

Sekretär der französischen sozialistischen Arbeiterpartei.

Bei den jüngst stattgehabten Gemeinderathswahlen hat
die sozialistische Arbeiterpartei an verschiedenen Orten recht hüßliche Er-
folge erzielt. In Besseges, wo jüngst die Bergleute streikten, wurde
ihre Kandidat Bourdain, i. Z. Sekretär des Streikkomitees, mit 1308
gegen 958 Stimmen gewählt. In Hazebrouck erhielt ihr Kandidat
Daune eine starke Majorität. In Mais, in Dijon, in Rou-
baix und in Carbone kamen ihre Kandidaten mit zum Theil
sehr erheblichen Minoritäten in die Stichwahl, im ersten Orte siegte
sie in derselben. Wir wünschen unseren französischen Genossen von Herzen
Glück. Nur so weiter!

„Die „Streikende“, wie unsere Bourgeois sagen“, schreibt die
„Egalité“, ist noch weit entfernt, nachzulassen. In St. Etienne
und Rive-de-Gier streikten die Metallarbeiter, wodurch für diese
Branche allein die Zahl der streikenden Arbeiter auf 6000 steigt. Die
Forderung ist überall die gleiche, Herabsetzung der Arbeitszeit auf
10 Stunden.

— Italien. Wie wir dem „Proletaire“ entnehmen, hat
Carlo Caserio, bisher Anarchist, kurz vor seiner jüngst erfolgten
Verhaftung folgenden Brief an die Redaktion der „Favilla“ (der Blig)
geschrieben:

„Im Augenblick hat sich die Partei entschieden für den neuen Weg
(Theilnahme am Wahlkampf) engagiert, und die Energischsten der bisher
andere Denkenden haben sich ihr angeschlossen. Es heißt also, sich
zu unterwerfen oder abzudanken. Ich konnte mich nicht
dazu bequemen, von meiner Pflicht, die Rechte des Volkes zu verteidigen,
mich loszusagen; ich habe mich daher dem Willen der Partei
unterworfen, indem ich offen und rückhaltlos ihre neue Taktik akzeptiere.“

Es ist das heilsloseste Zucht und daher unnütz, uns in leere Erdre-
tungen über unsere früheren oppositionellen Argumente zu verlieren. Für
mich ist es mehr werth, in Gemeinschaft mit meinen Kampfgenoßen
einen Schritt zu thun, wenn es im wirklichen Leben geschieht, als stot-
tern zu bleiben und hundert Meilen — in der Einbildung zu durchfliegen.“

Wenn ein Mann wie Caserio in dieser Ueberzeugung kommt, so kann
man wenigstens nicht von ihm sagen, daß er nicht vorher alle Mittel,
die er bisher theoretisch vertrat, auch versucht habe. Er hat es weder
an Anlauf von Waffen fehlen lassen — sondern sein ehemals sehr beträch-
tliches Vermögen zu diesem Zweck aufgewendet — noch sich geheut, selbst
einen Fuß in die Schenke zu setzen — den bekannten Spaziergang nach
Benedict. In der letzten Zeit beschäftigte sich Caserio freilich mehr
mit theoretischen Studien und hat u. A. einen Auszug aus dem Kapital
von Marx herausgegeben.

Der „Kuant“ ist uns seit drei Wochen nicht mehr zugegangen.
Grund: regelmäßige Konfiskation.

— Rußland. Der in unseren letzten Nummern erwähnte Leit-
artikel der „Narodnaja Wolja“ bespricht die Bedeutung des 1./13. März
für die Partei und für Rußland. „Die Ausführung einer Umwälzung
vermittelt einer Verschönerung“ — das ist das Ziel der Partei der
„Narodnaja Wolja“, wie es im Programm des Exekutivkomitees formu-
liert wird. Aber die Hinrichtung des Zaren hatte nicht dieses Ziel im
Auge; die Partei stülte sich noch nicht hart genug, um eine solche Um-
wälzung durchzuführen; diese That sollte nur der russischen Gesellschaft
die Hände frei machen zum selbständigen Handeln.

„Die traurige Nothwendigkeit des bürgerlichen Verfahrens könnte vermieden
werden, wenn die Gesellschaft im Stande wäre, das Minimum von
Forderungen, welche das Exekutivkomitee dem Zaren Alexander III. ge-
stellt, mit gediegener Energie zu vertreten. Wir wären dann die Ersten,
um den Weg der Gewalt zu verlassen und die sozialistische Arbeit, die
Vorbereitung der sozialen Revolution aufzunehmen.“

„In den dem russischen Reiche ähnlichen Ländern gewinnt ein dem
Despotismus verfehter Schlag ungeheure Bedeutung, indem er die
schlafenden politischen Gruppierungen, die potentiellen Kräfte des Landes,
erweckt und zur Thätigkeit drängt. Von diesem Standpunkte aus erhält
das Ereigniß vom 1. März die Bedeutung eines für jede handelnde
politische Partei tief belehrenden soziologischen Experimentes. Nachdem
nun seit dem 1. März ein Jahr verlossen ist, sind wir bereits im
Stande, die politische Leistungsfähigkeit der verschiedenen Parteien beur-
theilen und bemessen zu können. Traurig genug sind da unsere Schicksale
für die Anhänger der friedlichen Entwicklung und im höchsten Grade
ermunternd für den revolutionären Sozialisten. Wir haben vor Allem
vollständigste Reformen, anrühlich wohlwollende Leute, die aber nur
wehmüthig seufzen können, sich auf das Abwarten vorzuziehen, wobei,
dagegen außer Stande sind, sich zu einer That anzujavven.“

Da sind weiter die Konserwativen, die kein anderes Kampfmittel kennen,
als das der Bekämpfung, der Lüge und der Denunziation.
Wir haben nach russische Liberalen, die sich vollständig von den Frei-
nigen perplez machen lassen und hinterher sich feige verteidigen.

Wir haben endlich die Großgrundbesitzer, die Kapitalisten und Bankiers,
die sich eng an den besetzten Thron von Gorkhina angeschlossen und aktiv
in der Rolle von Mitgliedern der heiligen Liga und Häshern austreten.

Ja, das Ereigniß des 1. März hat klar genug die vollständige Un-
fähigkeit unserer Kulturklassen bewiesen. Sie rührten keinen Finger, als
die vermehrte, desorganisirte öffentliche Gewalt bei einigermaßen einhei-
tlichen Drucks auf alle wählbaren Korruptionen eingegangen wäre, als es
nur einer unbedeutenden Anstrengung bedürfte, um das verhängnis-
volle und schmachvolle Regime abzuschütteln. Der monarchische Despotismus ver-
lor den Glauben an sich selbst; auf seinem zerfallenen Baue kann man
jetzt nur die Worte: Feigheit, Geheiß und Lüge unterscheiden. Die in
den Restaurants ausgewachsenen Würdenträger treten jetzt, ausgerüstet mit der
ganzen Korruption und Ignoranz ihres Jahrhunderts, als die Beschützer
der manfenden Strögen der Gesellschaft auf und erklären Krieg dem
santen Wesen und der Schenke des Kaiser (Zaren). Die Maßnahmen
der Regierung erregen Beschähter oder Enttötung. Das Gefühl des
Abscheus allein müßte schon Jeden zwingen, die Regierung von Gorkhina
zu zerbrücken. Indeß unsere Liberalen warten noch immer . . .
die Geschichte aber wird auf sie nicht warten. Die kämpfende sozialren-
volutionäre Partei und das gediehrte russische Volk warten nicht und
kann nicht warten. Die Abwidlung ist nicht mehr fern.

Die Ueberzeugung wächst fortwährend in ganz Rußland und äußert sich hier
durch politische Bergehen und Berbrechen, die sich im letzten Jahre un-
geheuer vermehrt haben, dort durch Judenmorde, die ein Drittel von
Rußland erfasst haben, weiter durch Bauernaufstände, die die Behörden
zur Verweigerung bringen. Nach den reichen Erfahrungen des vorigen
Jahres können wir jetzt unser Ziel fester hinstellen und die Spähre un-
serer Thätigkeit erweitern. Jetzt ist unser unmittelbares Ziel —
die Organisation einer Verschönerung behuß Nie-
derwerfung der existierenden Staatsordnung. Die
Thätigkeit der Partei ist jetzt einseitig auf die Zentralisierung und feste
Bereinigung aller revolutionären Elemente, die die Initiative zu einer
Erhebung im entscheidenden Momente ergreifen könnten, gerichtet und
andererseits darauf, bis zu diesem Momente die erfolgreiche Verschönerungs-
arbeit ungestört aller Angriffe der Regierung weiterzuführen.

Wir meinen, ein wohlüberdachter, konzentrierter, gewaltiger Schlag,
geführt gegen die politische Macht des Staates, ist der erste Schritt, den
wir, die sozialrevolutionäre Partei machen müssen, und wir sind überzeugt,
daß das Volk gleich darauf im Stande und in der Lage sein wird, die

Revolution in der ökonomischen Spähre zu vollziehen, so daß einer pro-
visorischen revolutionären Regierung nur übrig bleiben wird, die öko-
nomische Gleichheit, die das Volk seinen Ausbeutern und Auslängern
abringen wird, zu sanktionieren. Schon der Umstand allein, daß der
Staat in Rußland die bedeutendste kapitalistische Kraft im Lande ist,
macht die Lösung der ökonomischen Seite der sozialen Frage zu einer
einfachen, wenn einmal die Staatsmacht in den Händen der revolution-
ären Partei sein wird. Sollten die Umstände sich weniger günstig
gestalten, so wird die provisorische revolutionäre Regierung gleichzeitig mit
der politischen Befreiung auch die ökonomische Umwälzung zu vollziehen
haben, nämlich: das Privateigentum an Grund und Boden und den
großen Arbeits- und Produktionswerkzeugen aufzuheben; sodann eine allge-
meine Landesvertretung zusammenzubringen, wo die wahren, ungefälschten
Vertreter des Volkes die Schicksale des Landes leiten und entscheiden
werden.

So werden wir unser Ziel nach wie vor verfolgen. . . . Siegen oder
Sterben ist unsere Devise, und wir wissen zu sterben. . . .“

— Amerika. „Genosse Schumann schreibt uns aus Cincin-
nati: Die gewerkschaftliche Bewegung geht hier gut. Der beste Beweis
dafür ist die Thatfache, daß in mehreren Staaten der Versuch gemacht
wird, Ausnahmegesetze gegen diese Bewegung zu machen. Wer einen
Anderen zum Streik auffordert, soll verhaftet und in Konsequenz davon
das Versammlungrecht illusorisch gemacht werden. Wir Sozialisten
sehen diesen Gesetzen ruhig entgegen; sie können nur den Erfolg haben,
das Klassenbewußtsein zu wecken.“

Im Staate Nebraska ist jetzt ein Streik der Eisenbahnarbeiter aus-
gebrochen. Der Lohn betrug bisher 1 Dollar 25 Cts; sie verlangen jetzt
1 D. 75 C. Da die Bürger mit den Streikenden sympathisiren und die
Staatsmiliz nicht zuverlässig genug schien, wurden Bundesstruppen ab-
geschickt.

Soeben kommt die telegraphische Nachricht, 500 Emigranten seien
unter der Bedeckung von Militär in Omaha im Staate Nebraska ein-
getroffen. Auf jeden Seab (Nichtgewerkschafter) sollen vier Soldaten
kommen.

In Pittsburg haben die Gewerkschaften einen Sieg errungen. Ge-
handelte sich nicht um eine Lohnfrage, sondern um Anerkennung der
Gewerkschaften, was die Fabrikanten verweigerten. An manchen Orten
machen sich bereits Anzeichen bemerklich, daß der ökonomische Kampf
politische Formen annimmt.

Der Klassenkampf wird in dem Maße erbitterter, als die Einwanderung
steigt, welche die Löhne herabdrückt. Die Einwanderer selbst, verhaft
und der Sprache nicht mächtig, haben in erster Linie darunter zu leiden,
und gar mancher erliegt den unglücklichen Verhältnissen.

Die Einwanderung der Chinesen ist nach hartem Kampfe im Kongreß
auf 20 Jahre verboten worden (inzwischen hat der Präsident sein Veto
gegen dieses Verbot eingelegt, die Repräsentantenkammer hat aber mit
großer Majorität das Verbot aus dem Reue bestätigt, wenn auch nur auf
die Dauer von 10 Jahren. D. N.) In Kalifornien war die Agita-
tion so hart, daß der Gouverneur am 4. März einen Feiertag aus-
schrieb, damit öffentlichen Versammlungen abgehalten werden könnten.

Die Chinesenfrage ist für Kalifornien keine bloße Arbeiterfrage mehr.
Wären die Chinesen nur Fabrikarbeiter, dann wäre das Einfuhrverbot
nicht durchgegangen. Aber die Chinesen sind jetzt auch Krämer geworden
und pfücken in das Geschäft des christlichen Spießbürgers. Hinc illo
laeryma.“

Raum würde übrigens sehr gehen, wollte man die Agitation gegen die
Chinesen ausschließlich auf ökonomische Motive (Zucht der Arbeiter vor
Unterbietung auf dem Arbeitsmarkt u.) zurückführen. Es kommt noch
hinzu die der Aufschauung der weißen Arbeiter durchaus entgegenge-
setzte und daher als unrichtlich erscheinende Lebensweise der Chinesen. Das
eingewanderte Arbeiter, namentlich wenn sie eine andere Sprache als
die Landesangehörigen sprechen, auf das Familienleben Verzicht leisten
und in Gruppen zusammenleben, ist sehr bläßig der Fall, aber bei keinem
anderen Volke sieht dieses Zusammenleben zu so entsetzlichen Lasten als
gerade bei den Chinesen, die obendrein in Folge ihrer Unlauferkeit die
Träger und Verbreiter der schmutzigsten Krankheiten sind. So hat der
Ekel den Haß gegen die in ihrer Art hochmüthig auf die „rothen Teufel“
herabsehenden Mongolen bis zum entschiedensten Widerstand gesteigert.

Daß es die Lohnfrage allein nicht sein konnte, geht schon aus dem
Umstande hervor, daß, wie wir im vorigen Jahre berichtet konnten,
weiße Arbeiter zu Bedingungen arbeiten, welche die Chinesen zum Streik
veranlaßt hatten.

Nachdem nun der Import von Chinesen verboten ist, werfen sich die
Kapitalisten von Amerika mit noch größerer Energie auf die Einfuhr
von weißen Sklaven, an denen es ja in unserem herrlichen zivilisierten
Europa ohnehin nicht mangelt. Unser Bruderorgan, der Chicagoer
„Vorbote“, schreibt hierüber:

„Nach dem Muster der deutschen und französischen Händler in Menschen-
fleisch sind denn auch die amerikanischen Hulanzen des Kapitalismus auf die
Italiener und Portugiesen, als auf die am erfolgreichsten verpackte
Ware Menschenfleisch, verfallen. Zunächst werden nun also massenweise
Italiener und Portugiesen importirt und unter Kontrakt gegen die in-
ländische Arbeit ins Feld geführt werden. Es fällt uns natürlich nicht
ein, irgend welche gesetzliche Ausnahmerebestimmungen gegen Italiener
und Portugiesen zu verlangen, aber gegen den Handel mit Menschen-
fleisch seitens kapitalistischer Korporationen überhaupt werden wir uns
allerdings sehr energisch wehren. Diejenigen Gesellschaften und Unter-
nehmer, welche für ihre Produkte volle amerikanische Preise verlangen,
sollten auch gezwungen werden können, landesübliche Löhne zu zahlen.“

„Aber die Form und über die Mittel, durch welche dies zu bewerk-
stelligen, kann noch gestritten werden, über das Wesen der Sache bei
vernünftigen Menschen wohl schwerlich. Wenn der Staat berechtigt ist,
das Trudsystem zu verbieten, wenn er berechtigt ist, einen Normal-
arbeitsstag festzusetzen, wenn er berechtigt ist, den Eisenbahnen Preise vor-
zuschreiben, wenn er sich berechtigt glaubt, reichen Fabrikanten durch
Schutzzölle auf Kosten der Gesamtheit Willkuren in die Taschen zu
spielen, ja, wenn er sich selbst berechtigt glaubt, dem Individuum
Krankheitsstoff in den Leib zu impfen und dem Einzelnen zu verbieten,
was er trinken will; ja, wenn er gewisse Gewerbebetriebe nur nach
Einsolung einer Lizenz erlaubt, wenn er also auch in dieser Richtung in
die freie Bewegung des Einzelnen eingreift, dann wird er auch berechtigt
sein, wie er jetzt bereits einen gesetzlichen Zinsfuß normiert, einen gewissen
Unternehmensgewinn als berechtigt und zulässig und was darüber hinaus-
geht als Erpressung zu erklären und durch Besteuerung auszugleichen.“

„Alle vorstehend beschriebenen Funktionen über bereits der kapitalistische
Staat aus, die einen mehr, die andern weniger, aber über das Recht,
daß der Staat im öffentlichen Interesse Maßregeln der gedachten Art
treffen kann, herrscht bei denkenden und gutgeleiteten Menschen kein Zweifel.
Nicht gegen die Italiener, Portugiesen, Slowaken oder woher die bedürf-
nislosen, auf niedrigerer Kulturstufe stehenden Ausbeutungsobjekte kommen
mögen, sind Zwangsmaßregeln zu ergreifen, sondern gegen die ungezüg-
elte Ausbeutungswuth heutiger Großhändler und Menschenhändler.“

„Ein nationaler Normalarbeitsstag von acht, und wenn sich dies als
ungenügend erwiesen sollte, von sechs Stunden, bei dem gleichzeitigen
Verbot des Trudsystems und aller die bürgerliche Freiheit der Lohn-
arbeiter direkt beschränkende Fabrik-Ordnungen oder Arbeitsregeln würde
den Massenimport von fremden Arbeitskräften hindrällig, weil zwecklos,
machen.“

„Wenn man solche Mittel der Kuli-Importation gegenüber angewandt
hätte, so wäre noch immer der asiatische Geist mit seiner namenlosen
Verrohung und Entfittlichung zurückgeblieben.“

„Den Chinesen gegenüber gab es also nur das Mittel der Ausschließung.
Bei den Europäern würden aber die angebeuteten Mittel gegen die Aus-

beuten genügen, um die übrige Bevölkerung vor Schäden und gänglicher Verführung zu bewahren.

„Allerdings ist ja nicht anzunehmen, daß, so lange überhaupt der Kapitalismus allmächtig ist, derartige Gelegenheiten zu Stande kommen, aber gerade die Verhinderung solcher Schutzmaßregeln seitens der unersättlichen Ausbeuter wird dem Ausbeutungssystem den Hals brechen.“

Korrespondenzen.

— **Gera**, 15. April. Die Parteigenossen hier haben sich in zahlreicher Zusammenkunft zu einem Einverständnis über die Haltung des Parteiorgans ausgesprochen. Stimmung gut.

— **Weimar**, im April. Die hiesigen Genossen erklären sich mit der Haltung des Parteiorgans voll und ganz einverstanden und hoffen das auch von den Genossen allerwärts.

— **Halle a/S.**, 10. April. Am heutigen Tage hatten wir hier eine Zusammenkunft und haben in der Affaire Brouel, welche so viel Staub aufgewirbelt hat, sowie überhaupt bezüglich der Schreibweise des „Sozialdemokrat“ Stellung genommen.

Somit fühlen wir uns verpflichtet, von hier zu berichten, daß wir uns im Ganzen mit der Haltung des „Sozialdemokrat“ einverstanden erklären, denn wenn man eine Partei rechlos macht, so ist es selbstverständlich, daß auch von unserer Seite eine andere Taktik eingeschlagen wird, ohne daß damit die Objektivität verletzt würde. Die brutale Gewalt scheint vor keinem Mittel uns gegenüber zu scheitern, mithin ist die Folge davon, daß wir einen energischeren Ton anschlagen. Die heutige Gesellschaft steht bereits ihre Existenz gefährdet, das sehen wir ja deutlich daraus, mit welcher gemeinen Mitteln wir bekämpft werden, wir können daher auch nicht zögern, daß man sich hinter den Degen setzt, die Mische-Mähe über die Degen zieht, hoffend, daß von selbst andere Zeiten kommen. Nein, entschieden haben wir in unserem Organ unsere Angelegenheiten in schärferer Weise zu vertreten, denn uns ist der offene Krieg erklärt. Wir wollen nicht ruhig die Schläge hinnehmen, welche unsere Feinde gegen uns führen, noch uns hergeben, die Fäße zu küssen, mit welchen man auf uns tritt. Wir hoffen somit, daß Sie in Zukunft so weiter schreiben.

— **Schloßchemnitz**, 16. April. Die Genossen von Chemnitz (Schloß) sehen sich veranlaßt, zu der durch Genosse Brouel angeregten Frage, die Schreibweise des „Sozialdemokrat“ betreffend, Stellung zu nehmen. Es ist sehr zu bedauern, daß in unserer Partei immer noch solche Meinungsverschiedenheiten obwalten. Was hat die Sozialdemokratie aus ihrer Objektivität herausgerissen? Doch wahrlich nur jenes saubere Aussehen, wolle sagen Sozialistengesetz, welches der böstlichen Polizei das Recht gegeben hat, uns nach Laune und Willkür zu behandeln, je nachdem es ihr in den Kram paßt. Bei wem sollte das nicht die Geduld ein Ende nehmen, und an deren Stelle sich Ingrimm und Rachegefühl einstellen? Wir stellen uns daher, dieser unserer Ansicht gemäß, vollständig auf die Seite des „Sozialdemokrat“, ohne auch nur im geringsten die wissenschaftlichen und geschichtlichen Momente des Sozialismus zu verlassen und erwarten, daß die Redaktion fortfahre, die Dinge mit dem Namen zu benennen, welchen sie in Wirklichkeit verdienen.

Die Genossen von Schloßchemnitz.

— **Weerane**, im April. Auf die in Nr. 10 des Parteiorgans angekündigte Bekanntmachung unseres fadregierenden Vorstandes zum Rückkommen, wolle man eigentlich fragen, warum sollen wir noch einmal unter das allgemeine Armenrecht gestellt werden, befinden wir uns nicht schon lange darunter? Ja! Aber wir hatten immer noch ein kleines bisschen Recht bei den allgemeinen Reichstagswahlen, und da benutzen die vornehmen Subjekte den famosen § 50 der Armenordnung von 1849, um noch dieses zu nehmen, denn sonst hätte ihre ganze Manipulation zu keinem Zweck.

Schon bei der letzten Reichstagswahl wurden in dem kleinen Städtchen Callenberg 150—180 Wähler ihres Wahlrechtes beraubt, eben weil sie Schulgelde restituirt. Ein solches Verbrechen muß bestraft werden, das ist gerecht und gut! Wir möchten einmal die Herren sehen, wenn man sie für ein Verbrechen bestrafen würde, welches in Wahrheit nicht vorhanden ist, wie ihnen das behagen würde. Ihr würdet murren und Fluch auf Fluch läme aus Eurem Munde; nun so nehmt Euch diesen Fluch von Eurem Munde zu Eurem Gewissen, wenn Ihr noch eins habt, was jedoch sehr zu bezweifeln ist.

Als von den niedrigen Subjekten der iname Beschluß gefaßt wurde, fragte der Schüler Hausold, ein dummscholarer Patron, ob das nicht auch auf Kommunalabgaben angewandt sei? Ja, lernt es lieber noch ein, denn es ist ja so kaum glaublich, daß wir im 19. Jahrhundert leben. Erriethe Care schäftigen Wördergruben, das alte Holzerwerkzeug wieder, es könnte vielleicht nur besser sein, dann fühlte es das dumme Volk, und begreift es leichter. Es ist geradezu empörend, wenn man die Verhältnisse der Arbeiter betrachtet. Ein Vater kann trotz Hitze seiner Kinder den Verdienst im Durchschnitt nicht höher als auf wöchentlich M. 6.—, 6. 50 bis 7.— M. bringen d. h. bei 15—18stündiger Arbeitszeit; in der Fabrik ist der Verdienst derselbe. Dort ist die Luft so ungesund, daß es selbst andere schon abgehumpelten Naturen nicht vertragen. Es hat auch schon direct ein Menschenleben gekostet. Am 6. Januar, welcher früher als Feiertag galt, wurde im Jahre 1881 (?) in der F. F. Schmiecher'schen Fabrik gearbeitet; als die Arbeiterin Lüdike in den Saal, in welchem sie beschäftigt war, eintrat, fiel sie um und war nach kaum einer Stunde todt. Sie hatte sich sehr abgeküchert, denn wäre sie fünf Minuten später gekommen, so wäre sie mit 20 Pfennigen bestraft worden. Die arme Frau hinterließ vier lebende Kinder, das größte war zu hoffen; somit war es ein Doppelmord. Diese Herren wußten es auch recht gut, denn von Stunde wurde ein Ventilationsrad eingerichtet. — Und was war nachher die Todesursache: Krampfanfall.

Diese Gesellschaft hat für Alles eine Entschuldigung und findet Recht. Die arme Mutter wurde unter großer Theilnahme begraben, die Arbeiter bewerteten zu einer kleinen Unterzeichnung zusammen, denn der Fabrikbesitzer hat für einen Arbeiter kein Herz.

Und bei solch gräßlichen Verhältnissen verlangt diese Gesellschaft noch Steuern! Es klingt uns dieser Erklärung heraus: Ihr Hund, wenn Ihr Euer Wahlrecht behaupten wollt, so erkundigt's euch! — Aber wir werden, wenn es zur Wahl geht, auf dem Boden sein, werden unser Wahlrecht erkämpfen, denn es ist noch nicht gelogt nach Eurem famosen Gesetz, daß wir als Alimoen-Empfänger behandelt werden können. Ihr habt kein Recht dazu, Ihr, die von den Arbeitern gemästete Gesellschaft!

In dem hiesigen Ausschlußheft hieß es nun weiter: wenn Ihr armen Leute sparen wollt, Gelegenheiten ist Euch gegeben! Und zwar hat dieses heuchlerische Geschwätz 10 Pfennig-Warten anfertigen lassen, damit den armen Leuten das Sparen recht erleichtert wird. Wie mißthätig! Sie und ihre Kinder schwelgen von dem den Arbeitern abgeparten Geld, und aus Fülle ist unter möglicher Kontrolle und Vormundschaft, damit wir nicht zu lüppig leben sollen. Ewige Komödianten!

Wollt uns der Name des Parteiorgans zu lobbar ist, wollen wir heute nicht weiter darauf eingehen. Der rote Hahn.

— **Aus Sachsen**, 16. April. Mit Bedauern sehen wir, daß in neuerer Zeit die Verwirrung über die unsere Feinde gegenüber anzunehmende Kampfesweise bei einem gewissen — wenn auch freilich nur kleinen — Theil unserer Parteigenossen statt im Abnehmen eher im Zunehmen begriffen ist. Wir hatten die Sache mit dem Fall Blos und Hagenrover sammt dem förmlichen Nachspiel Brouel, sowie formell durch die Erklärung unserer Abgeordneten für abgemacht gehalten. Es ist vollkommen außer Zweifel, daß die große Masse der Parteigenossen, alle wie junge, mit dem vom Parteiorgan vertretenen unterschiedenen Vorgehen vollkommen einverstanden ist. Denn die Masse glaubt in der That an die „sich vorbereitende Revolution“ und wird es mehr als sonderbar finden, daß dieselbe einem ihrer Abgeordneten in „lächerlich“ erscheint! Und dafür zu sorgen, daß uns die sich mit feierhafter Eile entwickelnden Verhältnisse und der schließlich gewaltthätige Ausbruch nicht unvorbereitet, sondern zahlreich und stark finden, darin sehen wir unsere Hauptaufgabe.

Inwiefern ist es unzulässig, daß ein Bruchteil Genossen anderer Meinung ist. In wie weit hier eine tiefgehende grundsätzliche Meinungsverschiedenheit vorhanden oder letztere nur aus vorübergehenden Ursachen, namentlich aus mangelhafter Verbindung mit dem Parteiorgan,

entstanden ist, will ich hier unerörtert lassen. Genug: die Thatfache besteht und sie kann nur Verwirrung hervorrufen und muß sich end auf unsere Arbeit wirken. Diese beunruhigende und nur unsern Feinden Freude machende Diskussion muß daher je eher je besser geschlossen werden, indem die grundsätzliche Haltung unserer Partei ein für allemal in entschiedener Weise festgestellt wird. Dies kann nur durch den Kongreß geschehen, auf den schon von verschiedenen Parteiposten hingewiesen wurde und dessen baldigen Zusammentritt wir hiermit förmlich verlangen.

Nach den Beschlüssen des letzten Kongresses, des von Witten 1880, findet der Kongreß „in der Regel alle Jahre, spätestens aber alle drei Jahre“ statt. Die letztere Bestimmung wurde getroffen mit Rücksicht auf die ebenfalls alle drei Jahre stattfindenden Reichstagswahlen, welche sowohl in Bezug auf die Agitation und als Führung unserer weiteren Anhängerschaft, als auch nach anderer Richtung auf den Gang der Bewegung und die Kongreßarbeiten von bedeutendem Einfluß sind. Die logische Schlussfolgerung aus diesem für jenen Beschluß hauptsächlich maßgebenden Grund ist, daß regelmäßig nach einer allgemeinen Wahl möglichst bald ein Kongreß stattzufinden hat. Ganz besonders macht das wichtige Ergebnis der letzten Reichstagswahlen, dessen außergewöhnliche Bedeutung für die Partei Niemand entgeht, eine baldige gemeinsame Besprechung nötig. Hierzu kommt noch, daß möglicherweise schon bald Neuwahlen bevorstehen, in Bezug auf welche letztere eine baldige Stellungnahme und Vorbereitung unumgänglich nötig sind.

Ein weiterer Grund für die Einberufung des Kongresses ist folgender: Aus dem Wödenen Kongreß war die Betretung infolge der damaligen mangelhaften Verbindungen eine vielfach ungleiche. Seitdem ist vieles anders und besser geworden, und man kann wohl sagen, daß die Zahl der reorganisirten und wieder in regelmäßiger Verbindung mit dem Parteiorgan getretenen Parteilisten sich seit dem Wödenen Kongreß mindestens verdoppelt hat. Ein demnachstiger gut vorbereiteter Kongreß wird demnach die Partei im ausgedehnten Maße vertreten und den Parteilisten voll zum Ausdruck bringen. Daß aber letzteres geschehe, ist mit Rücksicht auf verschiedene Punkte, namentlich auch auf die schon eingangs erwähnte wichtige Streitfrage der Taktik dringend nötig.

Wir denken, dies sind dringende Gründe für die Forderung; daß in möglichster Nähe ein Parteikongreß stattfinden — selbstverständlich wieder außerhalb des Wahlbereichs der deutschen Polizei. Diese Forderung wird auch, wie ich auf einer jüngsten Reise erfahren, von zahlreichen Genossen in Nord und Süd getheilt und ich bin überzeugt, daß auf diese Anregung Zustimmung in großer Zahl eingehen werden.

Neben die Parteigenossen aller Orten sich baldigst über diesen Antrag äußern, sei es an das Parteiorgan, sei es an Vertrauensmänner in Deutschland. Sobald sich dann eine bedeutende Stimmenzahl für die Abhaltung des Kongresses ergibt, wird derselbe sofort — unter Vorbehalt von Ort und Zeit, deren Festsetzung wie das letztmal der Redaktion des Parteiorgans im Einverständnis mit Vertrauensleuten in Deutschland überlassen bleibe — auszusprechen sein, damit alle Parteilisten hinreichend Zeit zur sorgfältigen Vorbereitung, d. h. zum Studium der dem Kongreß zu unterbreitenden Fragen und Anträge, sowie zum Sammeln der Delegationskosten haben.

Ein so vorbereiteter Kongreß wird unsere Partei nach jeder Richtung neu kräftigen, nach Innen und nach Außen!

— **Fürth**. Die in der Taktikfrage aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten haben auch die hiesigen Genossen veranlaßt, Stellung zu nehmen und ihre Ansichten im Parteiorgan zu veröffentlichen. In einer, vorige Woche stattgehabten Besprechung wurden sowohl die Haltung unserer Abgeordneten im Reichstag während der letzten Session, sowie auch die Taktik des „Sozialdemokrat“ eingehend diskutiert und folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Genossen sind mit der Haltung des „Sozialdemokrat“ bisher vollkommen einverstanden und sprechen der Redaktion ihre vollste Anerkennung aus. Was speziell den Fall Hietler anbelangt, der Herrn Blos so viel Kopfschmerzen verursacht, so hat gerade bei dieser Gelegenheit der „Sozialdemokrat“ den hiesigen Genossen aus der Seele gesprochen.

Bezüglich der Aufgabe sozialdemokratischer Abgeordneter in Parlamenten sind wir im Wesentlichen mit den Ansichten der Genossen in Barmen-Eberfeld einverstanden.

Die Abhaltung eines Parteikongresses nach in diesem Jahr halten wir für wünschenswerth, um die vorhandenen Streitfragen endgültig schlichten zu können und die zukünftige Taktik der Partei zu bestimmen, soweit dieses überhaupt möglich ist; vornehmlich dürfte sich der Kongreß auch über eine planmäßige Organisation und Agitation u. ansprechen. So wissenschaftlich wie man auch die Abhaltung eines Kongresses noch in diesem Jahre erspricht, so sollte ein solcher doch nur dann abgehalten werden, wenn von allen Orten eine genügende Theilnahme in Aussicht gestellt werden kann.

Daß den Genossen in den verschiedenen Orten Getreueheit geboten wird, sich vor dem Kongreß mit den Vorlagen zu letzterem zu beschäftigen und durch Beratungen und Beschlüsse auf denselben einzuwirken, halten wir für sehr notwendig.

Somit über die in letzter Zeit aufgeworfenen Fragen, nun gestatten Sie uns auch einen kurzen Bericht über unsere Wahlkampagne anzufügen. Unser Wahlkreis ist unstrittig einer der schwierigsten; schon in seiner geographischen Lage; denn er umfaßt in drei Bezirksämtern weit über 300 Ortschaften und hat eine Ausdehnung von mehr als 16 Stunden. Doch in einem solchen Wahlkreis schon bei normalen Verhältnissen die Agitation keine leichte ist, ist natürlich, da sie zahlreiche Kräfte beansprucht, abgesehen davon, daß die ländliche Bevölkerung, mit der wir vorwiegend zu rechnen haben, erfahrungsgemäß für die Lehren des Sozialismus nicht so empfänglich ist, wie die industrielle Arbeiterbevölkerung der Städte.

Nach schwieriger gehaltenen sich aber die Agitation bei der letzten Wahl, wo man die Genossen auf Schritt und Tritt verfolgt, ihnen Stimmzettel und Flugblätter weggenommen hat, wie dieses in Herbrand der Fall war. Wenn wir dennoch an einem Tag über 14,000 Flugblätter und Stimmzettel im ganzen Wahlkreis verbreitet haben, so ist dieses doch ein Zeichen, daß wir uns durch die königlichen „Ordnungs“wächter so wenig einschüchtern lassen, wie durch die städtischen, welche letztere sich hauptsächlich durch Handstreichungen während der Wahlbewegung bemerkbar gemacht haben.

Freilich entsprach das Resultat, welches wir am Wahltag erzielt, unserer Thätigkeit und unseren Erwartungen nicht; denn von 2600 Stimmen, die wir auf unseren Kandidaten vereinigen, entfielen nur 700 Stimmen auf das Land, während wir in der Stadt die relative Majorität erlangten.

Von der Schwierigkeit der Agitation in unsern ländlichen Bezirken dürfte übrigens auch Herr Professor Wagner ein Liedchen singen können, der es auf kaum 2400 Stimmen gebracht hat, trotzdem er ein vorzüglicher Redner ist und ihm alle Mittel zur Verfügung standen, die auch weiblich ausgenutzt wurden. Unser Wahlkreis befindet sich aber schon seit Gründung des Reiches in den Händen der Liberalen, und wenn bei der letzten Wahl auch Professor Marquardsen, der ihn seit 1871 im Reichstag vertreten hat, nicht mehr aufgestellt wurde, so darf man durchaus nicht glauben, daß eine radikalere Strömung eingetreten sei, sondern man wolle eben einmal einen Personenwechsel. Hierzu schien sich Freiherr von Stauffenberg am Besten zu eignen; die vorkommlichen Gesinnungen, die dieser Mann einmal gehabt haben soll, hat er längst abgelegt. Um davon einen Beweis zu liefern, hat er sich gleich bei seiner Kandidatenrede hinter die Polizei verhängt und seine Gegner mit Gewalt entfernen lassen. Nun, er wurde gewählt, aber mit geringer Majorität und wenig Hilfe gefehlt, so wäre er mit dem sozialistischen Kandidaten in die Stichwahl gekommen.

Uebrigens läßt sich mit Sicherheit behaupten, daß der Wahlkreis doch noch den Liberalen entrisse wird, wenn man bedenkt, daß Marquardsen im Jahre 1871 14,000 Stimmen erhielt, 1878 im ersten Wahlgange aber nur 5600, während es Stauffenberg bei der letzten Wahl trotz aller Manipulationen auf kaum 6000 gebracht hat.

— **New-York**, 25. März. Bei einer Zusammenkunft der in New-York lebenden Berliner Genossen, in der dieselben der zu früh für die Sache des um Freiheit ringenden Proletariats gestorbenen Genossen: August Heinsch und Paul Dentler, gedacht, wurde beschlossen, zur Erinnerung an diese beiden Braven zwei Kränze mit nachfolgender Inschrift auf die Gräber derselben niederlegen zu lassen (ist inzwischen erfolgt, D. Red.):

In den für alle Freiheitskämpfer Gedenkend der mahenden Wärtage erinnerungsreichen Wärtagen von 1848, welchen diesen Kranz widmen dieses Zeichen ihrem hier ruhenden Genossen und Dulder Paul Dentler, den lebenden Freunden über's Meer zurufen: „Denn uns, nach Kampf und Leid, Gedet die künft'ge Zeit!“ Berliner Genossen in New-York. Mäge diese Erinnerung zu gleicher Zeit eine Erinnerung sein, auszuhalten in dem mit so vielen Opfern verbundenen schwerem Kampfe. Außerdem könnt Ihr versichert sein, daß wir hier im Erst Lebenden die deutsche Bewegung im Geiste in allen ihren Einzelheiten verfolgen und auf der Wacht stehen, daß wenn der große Tag der Vergeltung kommt, Ihr uns in Eurer Mitte findet.

Im Auftrage sämmtlicher hier lebender Berliner Genossen schließt mit brüderlichem Gruß Rud. Tiedt.

Warnung.

Nicht allein Karl Steiger, wie in der letzten Nummer geschrieben wurde, sondern auch Martin Geffer, Schneider von Nürnberg hat Wahlcoupons zum Verkauf übernommen und das Geld hierfür nie abgeliefert.

Kürzlich sind Beide von hier mit Hinterlassung bedeutender Privat-schulden durchgebrannt. Wir rathen allen Parteigenossen, vor diesen beiden Schwindlern auf der Hut zu sein.

Luzern, den 24. April 1882. Für den sozialdemokratischen Verein: W. Wagner.

Briefkasten

der Redaktion: Korrespondenzen aus Korbach, Eberfeld, Hannover und Rietes in nächster Nummer. — Ehd in Barmen: Hoffen Sie mit Verwendung Ihrer Zeitschrift einverstanden. Gruß und Dank! — D. in W.: Seien Sie unbefragt wegen Bremen; das Abonnement ist dort, seit das Eis überhauft gebrochen, im erfreulichen Wachsen begriffen, die sonst thätigen und opferwilligen Bremerer Genossen haben also den „Sozialdemokrat“ in ungeheurer Sprache und entschieden sozialistischer Richtung noch nicht verloren. — Euer, den das Mißverhältniß ärgert: Das schwere Amt, welches ein städtischer Kinderarzt ebensoviel versehen kann als irgend ein bergbauarbeiter grüner Junge, wird in Bremen mit etwas über 12 Millionen Mark jährlich honorirt. Dagegen erhält in Bremen die Volksschule als Staatszuschuß circa ganze 7 Millionen Mark, während bei den „verkommenen“ Franzosen der Staat gegenwärtig etwa 70 Millionen für die Volksschule ausgibt, und diese Summe in nächster Zeit noch beträchtlich erhöht werden soll. Mensch, ärgere dich!

der Expedition: F. Sch. Oberstr.: Nr. 2. — Ab. 2. Cu. durch B. erb. — G. F. Wbg.: M. 3,20 Abon. 2. Cu. u. Schft. erhalten. Brief, demnach Genossenschaft. — Raprecht: M. 6,90 Ab. April erh. Redirektion notirt. — A. Dr.: Kambort auf St. v. 14/4. am 16. an U. abgeg. Weiteres erwartet. — Luigenius: St. vom 19. 4. kreuzte mit dem unfrigen vom 18. da. Mitts. vorgek. — Gradus W.: St. v. 22. am 24/4. beantr. Alles eingetr. — F. Bloch: St. v. 17. u. 19/4. nebst M. 151,50 erh. Weiteres durch W.; K. ist durchaus prompt, letzte Frankatur wieder zu niedrig! — S. H. Hg.: Ihre Vorlage laute auf 0 statt u. Wir beobachten stets größte Pünktlichkeit. — Hansen: M. 1,60 Ab. 2. Cu. durch K. erh. — R. Sch. London: Fr. 2,50 Ab. 2. Cu. erh. — J. D. Paris: Fr. 5.— Ab. 1. u. 2. Cu. erh. 3. H. Kpp: M. 4.— Ab. 1. Cu. u. Schft. erh. M. — 65 d. Uds. davon zugew. — Dornbusch Philadelphia: Fr. 61,15 (12 Doll.) & Fr. Ab. ausgeh. Best. mehr. — F. R. Wb.: M. 3.— Ab. 2. Cu. erh. — R. Wormser: M. 1,20 mit St. v. 22/4. hier, Weiteres siehe Uds. Notizen beachten. — Rother Soigtänder: M. — 0 f. C. gutgebr. Weiteres im Uds. — Jürgen Gaardmann: Abwicklung unersichtlich, nachdem Du selbst so entschieden hast. — J. Krb. Schanhausen: Fr. 1,50 f. Brosch. u. Fr. 2.— Ab. 2. Cu. erh. — E. J.: Sendung wohlbehalten eingetr. Adressen folgt durch Freuden dorten. — Sch. aus D.: M. 3.— Ab. Rest 2. Cu. 1 Expl. und Straßporto erh. — Bachmann Cincin.: St. v. 8/4. und Heibld. dld. erh., siehe Heibld. — Bgmann: M. 2,60 erh. u. nach Beschrift verläßt. Gruß! — Zug: Fr. 10.— Ab. 2. Cu., sowie Weiteres hier. Schluß folgt. Erster Brief W.'s auch retour erbeten! — Der Bekannte C. a. Wb.: M. 50.— & Cro. Ab. n. gutgebr. St. mehr. — Fehldhym: Adr. W. geköht. Weiteres besorgt. — Aus Schwaben: M. 12,25 für's „r.“ auf Uste 163 165 f. und 167 dld. erh. — Serlow Bern: Fr. 5.— erh. u. fr. Ab. 2. Cu., sowie Uds. verwendet. Heibld. später. — Dumbum London: Heute hegen, morgen schwächen, alte Lumpen, blöde Feten. —

Anzeigen.

Wir empfehlen den Genossen als sehr geeignet zur Weiterverbreitung: **Durch Einigkeit zur Freiheit.**

Prolog zur Abendunterhaltung der deutschen Sozialisten in Zürich am 5. Febr. 1882 zum Besten des „rothen Kreuzes“. Preis 10 Pfg. — 10 Cst. Der Reinertrag ist bestimmt für die Opfer des russischen Freiheitskampfes.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“ und Die Volkshausdruckung Kettingen-Fürth.

London.

Da ich den Vertrieb des „Sozialdemokrat“ für London vom 1. April ab übernommen habe, bitte ich um zahlreiches Abonnement. Schnelle und prompte Besorgung gleich nach Ankauf des Blattes. Abonnementspreis pro Quartal 2 sh. frei ins Haus. Einzelverkauf per Exemplar 1/4 d.

H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Squ. W.

Verkaufsstellen des „Sozialdemokrat“:

- J. W. Goedbloed, Tobacconist, 29 Foley Street, St. Tichfield Street.
- York & Co., Buchhandlung, 131a, London Wall, City.
- Mr. Geo. Stationer, 42 High Street, Islington.
- Mr. G. Stevens, Stationer, 223 Goswell Road, E. C.
- Mr. H. Schackwitz, Friseur, 10 Featherstone Street, City.
- Mr. Charles Schmidt, Foreign Provisioner, 17 Gray Street, Silbertown.
- Mr. Klotzbach, Friseur, Edward Street, Soho.
- H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square.
- Mr. Schaper, Restauration, 41 Greek Street, Soho.
- B. Breul, 104, Whitfield Street Tottenham Court Road.
- Communistischer Arbeiterbildungsverein, 49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.